

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 30. Januar 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **M 1071 Motion Spring Laura und Mit. über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer / Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Laura Spring hält an ihrer Motion fest.

Laura Spring: Es ist höchste Zeit, dass die Politik Verantwortung für den Schweizer Rohstoffplatz und eine Rolle im Ukraine-Krieg übernimmt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Konzerne mit Sitz im Kanton Luzern milliardenhohe Kriegsgewinne einfahren, während der Bevölkerung das Geld fehlt, um die steigenden Energiekosten zu tragen. Gemäss Bundesamt für Statistik sind im Kanton Luzern 24 Rohstoffhändler ansässig. Wir sind also betroffen und stehen in der Verantwortung. Andere Länder haben bereits Verantwortung übernommen: Italien, Griechenland und Grossbritannien haben eine Steuer auf die ausserordentlichen Gewinne der Öl- und Gasgiganten eingeführt. Die ausserordentlichen Gewinne sind als Folge von Marktverwerfungen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine entstanden. Daraus resultieren nicht nur massive preisliche Belastungen für Firmen und Private, sondern auch Kriegsgewinne. Die Stellungnahme des Regierungsrates ist nicht zufriedenstellend. Er verkennt die Ausgangslage unseres Kantons mit seinen zahlreichen Rohstoffhändlern. Es ist eine sehr gewagte These, dass die Bundessteuer die übermässigen Kriegsgewinne abholen soll. Die real anfallenden Gewinne, die in den Geschäftsberichten dieser Rohstoffhändler ausgewiesen werden, sprechen eine andere Sprache. Ziemlich irritiert hat mich in der Stellungnahme des Regierungsrates der Hinweis auf die angeblich noch hängige Debatte im Bundesparlament. Im nationalen Parlament wurde zwar eine parlamentarische Initiative eingereicht und leider abgelehnt, dies jedoch mehrere Monate vor der Beantwortung meiner Motion. Das Argument der Regierung, dass dieses Thema noch hängig sei, ist deshalb nicht korrekt. Umso wichtiger ist es, dass wir als Kantonsrat Haltung zeigen und ein klares Signal an den Bund senden. Als Staat ist es wichtig, dann zu reagieren, wenn am Markt derart ungerechte Gewinne erzielt werden. Das schafft für unsere Gesellschaft keinen Mehrwert und kann das Kriegsgeschehen weiter befeuern. Als Kanton mit zahlreichen Rohstoffhändlern ist es umso wichtiger, diesem Thema mehr Beachtung zu schenken. Ich bitte Sie, unsere Motion zu unterstützen.

Priska Fleischlin: Es gibt immer Unternehmen, bei denen die Nachfrage während eines Krieges steigt. Die massiven Auswüchse von Gewinnen und die unternehmerische Freiheit zusammen mit der künstlichen Verknappung von Rohstoffen sind höchst verwerflich. Die Politik muss deshalb korrigierend eingreifen. Die SP-Fraktion stimmt der vorliegenden Motion zu. Wie umfassende Recherchen zeigen, gehören in der Schweiz ansässige Firmen zu

den globalen Gewinnern. So hat beispielsweise die Firma «Vitol» aus Genf exorbitante Profitsteigerungen verbucht. Mit 15 Milliarden US-Dollar Profit im Jahr 2022 hat Vitol allein in diesem Jahr so viel Gewinn erwirtschaftet wie in den letzten sechs Jahren zusammen. Alle Bürgerinnen und Bürger im Kanton Luzern sind von dieser künstlichen Verknappung direkt betroffen. Ich erinnere an den Benzinpreis im Dezember 2021 von Fr. 1.70, der innerhalb eines halben Jahres auf Fr. 2.24 gestiegen ist. Dabei handelte es sich um eine künstliche Verknappung, die gar nicht nötig war. Wenn auf der Welt mehr Kriege herrschen, sind wir wegen unseres Wohlstands und unseres humanitären Denkens gefordert, einen Beitrag zu leisten. Der Regierungsrat nimmt in seiner Stellungnahme Bezug auf die humanitäre Hilfe an die Ukraine in der Höhe von 80 Millionen Franken. Sie alle wissen aber, dass dieses Geld an einem anderen Ort eingespart und nicht einfach zusätzlich gesprochen wird. Bundesrat Ignazio Cassis liess Anfang Dezember 2023 in den Medien verlauten, dass für den Aufbau der Ukraine ein Paket von 6 Milliarden Franken bereitgestellt werden soll. Das meiste davon soll von der öffentlichen Hand finanziert werden. Bundesrätin Karin Keller-Suter ist jedoch der Meinung, dass die für Entwicklungsländer vorgesehenen Gelder dazu verwendet werden sollen. Im Moment laufen die entsprechenden Verhandlungen noch. Die Nationalratsmitglieder der SP prüfen eine Möglichkeit über die OECD-Mehreinnahmen, dafür braucht es aber noch mehr politischen Druck. Die Stellungnahme des Regierungsrates bezieht sich vor allem auf Bern, geht aber nicht auf das eigentliche Anliegen der Motion ein. Wir alle wollen Frieden. Dazu braucht es weniger Ungleichheiten und ein Steuersystem, das korrigierend eingreift. Die Unternehmen haben bereits genug Steuerprivilegien. Deshalb sollten wir ein Zeichen setzen. Ich spreche vor allem die Mitglieder der Mitte-Fraktion an, weil der Mitte-Präsident letztes oder vorletztes Jahr genau diese Forderung gestellt hat.

Helen Affentranger-Aregger: Der Krieg, den Putin gegen die Ukraine führt, ist schrecklich, und wir verurteilen diesen Krieg zutiefst. Das grosse Leid der Bevölkerung ist für uns kaum vorstellbar. Wir können das Anliegen der vorliegenden Motion nachvollziehen. So sollen die Übergewinne aus Rohstoffen abgeschöpft und diese Erträge der Ukraine für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Diesbezüglich stellen sich aber einige Fragen: Wo liegt die Grenze zwischen einem regulären Gewinn und einem Übergewinn, der durch eine oder dank einer Krise erzielt werden kann? Besteht nicht die Gefahr, dass die entsprechenden Firmen vertrieben und deshalb gar keine Steuererträge erzielt werden? In diesem Fall könnte man der Ukraine viel weniger oder gar kein Geld zukommen lassen. Welche und wie viele Firmen wären davon betroffen? Eine IWF-Studie aus dem Jahr 2022 hat sich mit sogenannten «Windfall-Steuern» für Energiefirmen befasst. Die Autoren definieren darin einige wichtige Prinzipien, die solche Steuern erfüllen sollten, falls sich eine Regierung gezwungen sieht, solche zu erheben. Die Studie zeigt ebenfalls Risiken von unerwünschten Nebeneffekten auf, die eine solche Steuer mit sich bringen kann. Das Anlegerrisiko könnte erhöht werden, die Steuer könnte eine Auswirkung auf die Marktverzerrung haben usw. Solche Steuern sind international sehr umstritten. Mit der direkten Bundessteuer haben wir dank der starken Progression ein Instrument, mit dem grosse Gewinne auch überdurchschnittlich abgeschöpft werden. Grosse Gewinne haben auch grosse Steuererträge zur Folge. Unter anderem dank diesen Steuererträgen ist es möglich, dass sich die Schweiz mit humanitärer Hilfe massgebend für die Ukraine und die Unterstützung von Geflüchteten einsetzen und sich international beteiligen kann. Deshalb stehen wir der Einführung einer Kriegsgewinnsteuer kritisch gegenüber, auch wenn eine solche auf den ersten Blick sinnvoll erscheint. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion ab.

Ursula Berset: Laura Spring verfolgt mit ihrem Vorstoss zwei Anliegen: Zum einen will sie Unternehmen zur Kasse bitten, die direkt vom Krieg profitieren. Zum anderen will sie die

Ukraine und ihre Bevölkerung finanziell unterstützen, damit sie die Auswirkungen dieses schrecklichen Krieges besser meistern können. Die GLP-Fraktion hat eine grosse Sympathie für das Anliegen. Kriege verursachen bei der Bevölkerung grosses Leid, sie sind aber auch eine grosse Wirtschaftsmaschine und wohl auch aus diesem Grund leider viel zu attraktiv. Es gibt Branchen und Unternehmen, die von diesem Krieg profitieren, auch Unternehmen in unserem Land. Das ist unschön und verursacht auch mir Bauchschmerzen. Natürlich wäre es gut, wenn man dieses Geld in die Ukraine zurückschicken könnte. Aber es ist schlicht nicht möglich, eine klare Grenze zu ziehen, wo kriegs- und krisenbedingter Übergewinn anfängt. Und wieso sollte das nur für den Krieg in der Ukraine gelten und nicht für den Krieg in Gaza oder für andere Konflikte, von denen Firmen mit Sitz in der Schweiz profitieren? Worauf soll der Fokus gelegt werden, einfach auf eine Branche wie den Rohstoffhandel? Die Abgrenzung ist ein zentrales Problem, es geht dabei auch um Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit. Deshalb werden wir die Einführung einer Übergewinnsteuer nicht unterstützen. In einem gehen wir mit Laura Spring einig: Als Finanzplatz internationaler Wirtschaftsströme tragen wir eine Verantwortung auch für Krisen, die in anderen Ländern stattfinden. Diese Verantwortung müssen wir wahrnehmen. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine haben wir schon heute wirksame Instrumente, die wir einfach konsequent umsetzen müssen. Dabei geht es zum einen darum, die Sanktionen der EU gegen die Elite von Russland und die Geldflüsse zur Finanzierung des Krieges konsequent umsetzen. Zudem müssen wir weiterhin den in die Schweiz geflüchteten Personen aus der Ukraine wirksame Unterstützung anbieten sowie unseren Beitrag zum Wiederaufbau vor Ort leisten. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Angela Lüthold: Die Motion verlangt die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer im Sinn einer Abschöpfung der Übergewinne aus den steigenden Preisen im Rohstoffhandel. Ich habe Verständnis für dieses Anliegen und bedaure die Lage in der Ukraine auch sehr. Die Rohstoffverknappung wurde aber nicht durch die Konzerne ausgelöst, sondern durch die geopolitische Lage sowie durch politische Sanktionen und Entscheidungen. In diesem Zusammenhang hat die Schweiz bereits einige Massnahmen vollumfänglich unterstützt. So wurde beispielsweise durch humanitäre Hilfe ein Betrag von 80 Millionen Franken für verschiedene Hilfsgüter in den Bereichen Gesundheit, Wasser, Sanitärversorgung oder für Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Eine Abgrenzung zwischen dem normalen Gewinn und dem Kriegsgewinn ist absolut nicht möglich. Die heutige direkte Bundessteuer wurde früher als Wehrsteuer eingeführt und hatte eine ähnliche Wirkung wie die verlangte Kriegsgewinnsteuer. Sie war jedoch werteneutral. Die jetzige direkte Bundessteuer belastet die hohen Gewinne dieser Konzerne mit der starken Progression überproportional. Eine Kriegsgewinnsteuer für den Kanton Luzern allein wäre nicht vorteilhaft. Mit der vorgesehenen Steuergesetzrevision 2025 werden natürliche und juristische Personen entlastet. Im Gegenzug eine Kriegsgewinnsteuer einzuführen, liegt im Widerspruch dazu. Eine Steuer zu erheben, die einem Zweck zugeführt werden soll, kommt mir wie eine Spezialfinanzierung vor. Das ist meiner Meinung nach systemwidrig. Zudem könnte dadurch auch für andere spezielle Anliegen die Einführung einer Sondersteuer gefordert werden. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Urban Frye: Eine solche Steuer kann schon verlangt werden, aber ich muss sowohl dem Regierungsrat als auch meinen Vorrednerinnen recht geben: Das Anliegen ist schlicht nicht durchführbar. Mir scheint es ein etwas hilfloser Versuch der Grünen Fraktion zu sein, um ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen aufgrund ihrer sturen Haltung gegenüber dem, was die Ukraine nun tatsächlich benötigt, nämlich Waffen. Sie benötigt Waffen, um sich verteidigen zu können. Ich bin letzten Freitag aus der Kriegszone in der Region Kupjansk und Charkiw zurückgekehrt. Es war meine dritte Reise. Wir haben medizinische Güter und ein

Ambulanzfahrzeug in ein Frontspital gebracht. Die Situation ist schlichtweg grauenhaft. Die Menschen sind unglaublich müde, aber ihr Widerstandswille ist ungebrochen. Sie wollen ihre Angehörigen und Freunde aus den besetzten Gebieten wieder bei sich haben. Was die Schweiz mit der Friedenskonferenz macht, ist zwar gut, wird aber nicht viel bringen. Bundesrat Ignazio Cassis könnte endlich eine Tranche der 6 Milliarden Franken freigeben, damit mit dem Wiederaufbau begonnen werden kann. Charkiw beispielsweise wäre dafür bereit. Tausende von Häusern sind zerstört und könnten neu aufgebaut werden. Wir müssen uns nun überlegen, was unser Rat tun könnte. Der Regierungsrat weiss es: Zwischen der Universität Luzern, der Hochschule Luzern sowie der Pädagogischen Hochschule besteht bereits eine sehr gute Zusammenarbeit mit den Partnerinstituten in der Ukraine, beispielsweise in Charkiw. Die Industrie- und Handelskammer, aber auch die Wirtschaftsförderung würden es sehr begrüßen, wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit verschiedenen ukrainischen Regionen – insbesondere Charkiw – nun gefördert würde. Die Botschafterin der Ukraine, Irina Wenediktowa, würde es sehr begrüßen, wenn der Kanton Luzern zusammen mit der Stadt eine Partnerregion auswählen würde. Ich bedaure es ausserordentlich, dass sowohl die Regierung als auch der Stadtrat bis jetzt offenbar der Meinung sind, dass es nicht Aufgabe einer Region ist, Hand zu bieten. In Deutschland hingegen haben bereits unzählige Kommunen Partnerstädte ernannt. Wir wissen, dass praktische jede Stadt der Ukraine extrem auf solche Partnerschaften pocht. Sie brauchen diese Zusammenarbeit nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft. Ich möchte von der Regierung wissen, ob sie bereit ist, ihre Haltung diesbezüglich nochmals zu überdenken.

Patrick Hauser: Der Wortlaut dieser Motion erinnert mich an gewisse Vorstösse, die während der vergangenen Pandemie eingereicht wurden. Die Motionärin fordert die Einreichung einer Kantonsinitiative über eine zusätzliche neue Steuer für Rohstoffkonzerne, die von den Verwerfungen an den Rohstoffmärkten profitieren. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, was alles in der Schweiz auf den verschiedenen Staatsebenen getan wird im Zusammenhang mit den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Sie weist auch auf bereits gestellte Fragen und die entsprechenden Antworten im nationalen Parlament hin. Die Stellungnahme der Regierung ist für die FDP-Fraktion schlüssig und zeigt, dass dieses Thema auf nationaler Ebene bereits angekommen ist. Somit ist die Einreichung einer Kantonsinitiative nicht nötig. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion aus den genannten Gründen ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Im Namen der Regierung möchte ich zuerst unsere Betroffenheit über die schrecklichen Auswirkungen dieses Krieges in der Ukraine kundtun. Gegenüber der Forderung der Motion kann man verschiedene Haltungen haben. Es ist aber schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, eine Definition der Übergewinne sauber vorzunehmen. Eine vermeintlich einfache Forderung entpuppt sich als sehr anspruchsvoll. Sie kennen die Haltung der Regierung gegenüber der Einreichung von Kantonsinitiativen: Dieses Instrument ist sehr zurückhaltend einzusetzen. Wie Laura Spring richtig erwähnt hat, wurde die parlamentarische Initiative von Balthasar Glättli auf Bundesebene bereits diskutiert und verworfen. Das gleiche Anliegen mittels einer Kantonsinitiative nochmals einzubringen, dürfte kaum Erfolg haben. Zur Frage von Urban Frye: Die Diskussionen zu einem wirtschaftlichen Austausch mit der Ukraine und den entsprechenden Verbänden in der Zentralschweiz sind im Gang. Man prüft, ob ein Engagement sinnvoll sein kann. Insgesamt kommen wir zum Schluss, dass die Motion inhaltlich nicht zielführend ist, und beantragen deshalb ihre Ablehnung.

Der Rat lehnt die Motion mit 79 zu 24 Stimmen ab.